

AL Info⁵ / 18

- 2 Die Selbstbestimmungsinitiative gefährdet die Menschenrechte in der Schweiz.
- 4 Walter Angst weiss, warum es die AL im Zürcher Regierungsrat braucht.
- 6 Beatrice Rinderknecht, AL-Spitzenkandidatin aus Küsnacht, erklärt wie die Politik in der Region funktioniert.

AZB
CH-8004 Zürich
Post CH AG

Die AL ruft: Frauen*!

Es herrscht breiter Konsens darüber, dass es jetzt eine Frau im Bundesrat braucht. Eine? Eigentlich zwei, aber die Forderung nach zwei Frauen scheint vielen bereits zu krass. Das wäre dann schon fast eine Zwängerei, ein Ruf nach Quote gar. Und wer will schon Quotenfrau sein? Aber dauernd in der Minderheit sein, ist überaus anstrengend.

Quoten sind ein Instrument, um in allen Entscheidungsgremien gerechte Mindestanteile für Frauen und Männer zu garantieren. Männer, die heute dagegen kämpfen, sollten bedenken, dass Mindestquoten in einer fernerer Zukunft genauso gut dafür sorgen könnten, dass Männer nicht untervertreten sind. Denn in Zukunft wird es Frauen geben, die wollen, die nicht zögern, die es sich zu-trauen. Damit die Politikerinnen von morgen selbstbewusst und in repräsentativer Zahl auftreten, müssen die Parteien von heute die Frauen fördern.

Mehr Frauen ins Parlament

Wo immer möglich platziert die AL für die Kantonsratswahlen 2019 Frauen an der Spitze und auf aussichtsreichen Nachfolgeplätzen. Wir gehen von zwei möglichen Sitzgewinnen in der Stadt Zürich aus. Mindestens einer soll an eine Frau gehen. Grundsätzlich auch beide, wenn sich bereitwillige Kandidatinnen finden lassen. Zudem stehen in der Stadt Frauen auf zwei Nachrückpositionen. So können sie sich auf ein Mandat im Parlament in spätestens vier Jahren vorbereiten. Zusätzlich tritt die AL im Kreis 7/8 mit einer Frauenliste zur Wahl an. Wir meinen es ernst mit der Frauenvertretung in politischen Gremien. Parteintern versprechen wir uns davon eine Stärkung der Zusammenarbeit der Frauen und eine

grössere Attraktivität der AL für junge Frauen, die sich politisch engagieren möchten.

Auch deshalb haben wir (endlich!) die Gruppe Frauen* ins Leben gerufen. Hier setzen wir uns mit Themen aus linker und emanzipatorisch-feministischer Frauen*sicht auseinander und entwickeln für unsere Anliegen und Forderungen eine differenzierte Stimme.

Mehr Nachdruck entwickeln

Verschiedenen Forderungen gilt es Nachdruck zu verleihen: der Durchsetzung der Lohngleichheit, besseren Löhnen und Arbeitsbedingungen in der Carearbeit, der Entkriminalisierung und Entstigmatisierung der weiblichen Sexarbeit, der Aufhebung der Geschlechterbezeichnung in amtlichen Dokumenten und natürlich auch der verstärkten Förderung der Vereinbarkeit von Beruf und Familie. Hier braucht es neue radikalere Ansätze, die es erlauben, die herkömmlichen Strukturen zu ändern. Gleichstellungs-forderungen sind oftmals im Spannungsfeld von Theorie (alle sind für Gleichberechtigung) und Praxis (verharren in traditionellen Rollenmustern) gefangen. Die Forderung nach Vereinbarkeit von Familie und Beruf geht über die blosser Vereinbarkeit von Berufs- und Familienarbeit hinaus, es geht auch um die Vereinbarkeit mit den eigenen Vorstellungen von Erfolg, Status, Erwartungen, Tradition, Unabhängigkeit. Fragen, die letztlich jede und jeder mit sich selber klären muss. Will ich, wollen wir?

Die soziale Frage in allem

Das Thema Gleichstellung ist eng an die soziale Frage geknüpft und kann und

darf nicht losgelöst von ihr betrachtet werden. So ist Teilzeitarbeit für zwei Partner im familiären Kontext nach wie vor ein Privileg. Zwei gute halbe Löhne ergeben immer noch einen viel besseren Lohn als ein tiefer und ein noch tieferer. Deshalb geht es nicht nur ums Wollen, sondern auch ums Können. Können wir uns Teilzeitarbeit leisten, um Familien- und Berufsarbeit gerecht zu teilen, um sich um pflegebedürftige Angehörige zu kümmern, Politik zu betreiben oder sich ehrenamtlich zu engagieren? Hier braucht es eine Diskussion der verschiedenen Möglichkeiten, wie die Struktur der heutigen Arbeitsteilung sozialverträglich durchbrochen werden kann. Dazu gehören die 30-Stunden-Woche, das Thema des Elternurlaubs, der Care-Time-Ferien oder der Kinderbetreuung, aber auch die Quotenfrage oder das Grundeinkommen. Überhaupt muss die Frage nach dem Wert der Arbeit erneut und immer wieder gründlich diskutiert werden.

Wer von uns Frauen* steht wo und wofür stehen wir gemeinsam ein? Wo sind die Spannungsfelder und die Widersprüche? Diese Fragen sollen Teil des dringend nötigen Diskurses sein, den wir in der Gruppe Frauen* führen wollen und der durch deine Stimme reichhaltiger und differenzierter wird. Diese Zeilen sind auch ein Appell, dich bei uns zu melden. Dass explizit Thema wird, was implizit doch für alle selbstverständlich ist. Oder nicht?

Gruppe AL Frauen*

Frauen*, die sich für die Gruppe interessieren, können sich per Email melden unter: frauen_@al-zh.ch

Parolen

Abstimmungen vom 25. November 2018

BUND

Volksinitiative «Für die Würde der landwirtschaftlichen Nutztiere (Hornkuh-Initiative)»

JA

Volksinitiative «Schweizer Recht statt fremde Richter (Selbstbestimmungsinitiative)»

NEIN

Änderung des Bundesgesetzes über den Allgemeinen Teil des Sozialversicherungsrechts (ATSG) (Gesetzliche Grundlage für die Überwachung von Versicherten)

NEIN

STADT ZÜRICH

Baurechte für ein Fussballstadion, gemeinnützigen Wohnungsbau und zwei Hochhäuser auf dem Areal Hardturm, Objektkredit von 50,15 Millionen Franken

STIMMFREIGABE

Termine

Mittwoch, 7. November 20 Uhr

Premiere «Würde und Widerstand:

Antigone» MAXIM Theater.

Ein fiktiv-dokumentarisches Musiktheater über Zivilcourage, Hoffnung, Mut und Feigheit geschaffen von der Theaterschaffenden und AL-Kantonsrätin Laura Huonker.

Dienstag, 27. November 19 Uhr AL-

Vollversammlung.

Alle aktuellen Termine auf www.al-zh.ch/termine.

Impressum

Alternative Liste (AL) Molkenstr. 21, 8004 Zürich, www.al-zh.ch

Sekretariat Marco Toscano, Nadim Chammas, Molkenstr. 21, 8004 Zürich

sekretariat@al-zh.ch,
Tel. 044 242 19 45

Erscheint 4 bis 6 mal jährlich

Auflage/Druck 2000 Ex.,
Druckerei Nicolussi, Zürich

Layout Marco Toscano, Nadim Chammas

Redaktion Niklaus Scherr, Andrea Leitner, Attilio Stoppa, Marco Toscano, Nadim Chammas

AL-Info ist das offizielle Publikationsorgan der Alternativen Liste. Der Abonnementspreis von CHF 10.- ist im Mitgliederbeitrag enthalten.

AL für die Lohn- gleichheit in Aktion



Die AL Zürich zusammen mit der AL Bern an der Demo für Lohngleichheit am 22. September

Ja zu Menschenrechten. Nein zur «Selbstbestimmungsinitiative»

Die «Selbstbestimmungsinitiative» der SVP will den Vorrang von Landesrecht vor Völkerrecht in der Verfassung verankern. In einer globalen Welt kann und darf sich kein Land rechtlich abschotten und sich um geschlossene Verträge mit dem Ausland foutieren.

Der gewichtigste Vertrag für die Schweiz ist die Europäische Menschenrechtskonvention (EMRK). Damit werden für 47 Staaten in Europa die Grundrechte verankert. Die Schweiz musste dank der EMRK die administrative Versenkung ohne Gerichtsurteil von Randständigen in Arbeitserziehungsanstalten aufgeben oder die Praxis ändern, wonach Schadenersatz in Asbestfällen verjährt, bevor die Erkrankung überhaupt ausbricht. Wenn in Zukunft immer Landesrecht vorgeht, muss die Schweiz die EMRK kündigen. Ein verheerendes Signal für Pseudodemokratien wie Russland oder die Türkei. Diese Länder werden von Strassburg am meisten wegen Menschenrechtsverletzungen verurteilt. Wenn die Schweiz, die immer noch als Hort für Rechtsstaatlichkeit in Europa gilt, die EMRK kündigt, wird es für Putin und Erdogan ein Leichtes sein, mit dem Finger auf die Schweiz zu zeigen und aus diesem europäischen

Grundkonsens für die Freiheitsrechte der Menschen auszusteigen.

Markus Bischoff, AL-Kantonsrat, Fraktionspräsident

Keine Schnüffelpolizei. Nein zu Versicherungsspionen.

Bschiss bei Versicherungsleistungen ist unfair. Der Sozialstaat ist eine grosse Errungenschaft. Wer Leistungen bezieht, ohne Anspruch zu haben, bringt das ganze System in Gefahr. Versicherungsbetrug ist jedoch ein Straftatbestand wie jeder andere auch. Mit diesem Gesetz sollen neu private Spione das Recht haben, Versicherte im Auftrag von Versicherungen und Krankenkassen zu filmen und zu überwachen, ja sogar Fahrzeugen mit GPS-Trackern nachzuspionieren. Private Schnüffler sind unangenehm. Strafverfolgung muss Sache des Staates und der Polizei bleiben. Darum Nein zu den Versicherungsspionen!

Im Gespräch mit Lisa Letnansky

Du bist seit Ende Mai 2018 im Vorstand und hast inzwischen neue Aufgaben erhalten: die Betreuung der Neumitglieder, die Förderung von Nachwuchs und die Vernetzung der Partei im Kanton und auf gesamtschweizerischer Ebene. Auf welche Aufgaben freust Du Dich am meisten?

Auf alle! Besonders spannend finde ich es, den politischen Nachwuchs zu betreuen, Neumitglieder, die sich engagieren und einbringen wollen, u.a. weil die AL so ihre Zukunft sichert. Mich interessieren aber auch die Zusammenarbeit mit anderen Organisationen und der Austausch mit den anderen Sektionen.

Hast Du bereits Erfahrungen mit politischer Arbeit?

Die AL ist die erste politische Organisation, in der ich selbst engagiert bin und zu der ich mich zugehörig fühle. Ich arbeite im Theaterbereich und mache viel Theater mit politischem Hintergrund. Darum kenne ich viele politisch aktive Leute und arbeite mit verschiedenen politischen Gruppierungen zusammen. Zuletzt im Projekt «The Future Clinic for Critical Care», dabei ging es um verschiedene Ansätze rund um die Fürsorge. Künstler*innen, die sich mit dem Thema auseinandersetzen, arbeiteten mit den politisch engagierten Bewohner*innen des Mathilde-Escher-Heims zusammen und mit verschiedenen aktivistischen Gruppen wie dem Transgender Network Switzerland (TGNS), Bla*sh (Black She) und We Are Here Zürich. In der Future Clinic wollen wir gemeinsam mit dem Publikum emanzipatorische Formen der Fürsorge verhandeln und die oftmals gewalttätigen, bevormundenden und normalisierenden Narrative von heute neu schreiben.

Wie siehst Du die AL in zehn Jahren?

(Lacht.) Diese Frage klingt sehr nach Vorstellungsgespräch! Es wäre natürlich schön, wenn der Erfolg der letzten Jahre anhält. Dafür muss die AL aber breiter abgestützt werden. Mehr junge Leute und mehr Frauen sollen sich einbringen können, sowohl an der Basis als auch an exponierten Stellen. Für junge Leute ist es nicht mehr selbstverständlich, sich in einer Partei zu organisieren. Andere Bewegungsformen sind da attraktiver, doch diese formieren sich meist um ein bestimmtes Thema und diskutieren die übergeordneten Strukturen nicht. Es braucht mehr Leute, die sich mit überge-

ordneten Strukturen und der Politik als Gesamtes beschäftigen. Deswegen engagiere ich mich im Wahlkampf für den Kantonsrat.

Welche Themen möchtest Du im Kantonsrat bewirtschaften?

Ein Thema ist, zusammen mit der neu gebildeten Gruppe AL-Frauen*, die Gleichstellungsdiskussion. Nicht nur im Zusammenhang mit Lohnungleichheit, sondern auch strukturell. Ist es für eine Frau zwischen 30 und 50 überhaupt möglich, parlamentarische Arbeit zu leisten – mit Kinderbetreuung und Beruf? Gleich an dieser Stelle: Die Gruppe AL-Frauen* freut sich über Zuwachs, und Interessierte sollen sich beim Sekretariat melden.

Worüber diskutiert ihr?

Die Gruppe wurde frisch gegründet, wir sind in der Grundsatzdiskussion. Es wird nicht nur um Gleichstellung gehen. Berufe, die hauptsächlich von Frauen ausgeübt werden wie etwa Care-Arbeit oder Sexarbeit, werden ebenfalls thematisiert, wie auch die Bedingungen, unter denen die Berufe ausgeübt werden. Wichtig ist, dass diese Fragen vernetzt betrachtet und analysiert werden. Ein Gesetz über Lohnungleichheit zu schreiben, reicht nicht aus. Die Strukturen müssen verändert werden, ebenso wie die Bilder in den Köpfen. Solange die Gleichberechtigung nicht gelebt wird, lässt sie sich auch nicht über ein Gesetz erzwingen.

Interview: Nadim Chammas



Lisa Letnansky in den Kantonsrat!

AL-Filmtipp



Mischa Schiow empfiehlt:
Girl

Die Jury des Zürich Film Festivals hat einen Film ausgezeichnet, der nicht nur künstlerisch überzeugt, sondern auch für Debatten weit über die Kinoszene hinaus sorgt: GIRL des Belgiers Lukas Dhont ist eine besondere Coming-of-Age-Geschichte, diejenige eines adoleszenten Mädchens, einer angehenden Ballett-Tänzerin, deren Körper in Wandlung begriffen ist: von Mann zu Frau. Diese Umwandlung, die ihr Umfeld offenbar mitträgt – angefangen bei ihrem Vater, der ihr immer wieder sagt, sie sei schon ein Mädchen, aber noch keine Frau – ist dennoch schwierig und schmerzhaft. Wenn der Zuschauer hingegen ihren Körper in seiner quälenden Nacktheit erblickt, so ist dies nicht Voyeurismus – wie das von Leuten aus der Queer-Community behauptet worden ist – sondern eine Aufforderung, sich mit der Zerrissenheit eines Menschen zu konfrontieren, dessen Körper nicht seiner sexuellen Ausrichtung entspricht.



Judith Stofer empfiehlt:
Wolkenbruch

Es ist nicht einfach, einen Bestseller zu verfilmen. Vor allem, wenn das Buch so wie Thomas Meyers «Wolkenbruchs wunderliche Reise in die Arme einer Schickse» durch Erzählkunst und Sprachwitz brilliert. Der Regisseur Michael Steiner hat diese Aufgabe nicht auf allen Ebenen befriedigend gelöst. Streckenweise kommt der Film wie ein Lehrfilm über unbekannte Seiten einer bekannten Weltreligion daher. Die Geschichte des jungen Mannes, der sich von Mutter und Religion emanzipiert, geht dabei unter. Dazu trägt auch Joel Basman in der Rolle des Motti Wolkenbruch bei, dem man die Befreiung aus dem streng-religiösen Korsett nicht ganz abnimmt. Steiner ist aber ein schönes Feelgood-Movie über Zürich gelungen. Der Film glänzt mit wunderbaren Drehorten und, was mich als Wipkingerin besonders freut, sogar der Eisenbahnwagen beim Oberen Letten kommt in einer kurzen Sequenz vor.

Meh Biss im Kaspar-Escher-Haus

Die AL steigt in den Wahlkampf um den Regierungsrat des Kantons Zürich. Walter Angst erklärt warum.

Nicht nur die Insider Fehr & Fehr haben es mir gesagt. Auch alte Hasen wie Markus Bischoff und Ruedi Lais bestätigen: Im Kanton Zürich ist der Regierungsrat linker als das Parlament.

Schön, dachte ich mir. Dann ist ja das von mir bei den Stimmberechtigten des Kantons eingereichte Jobangebot ganz das Richtige. Bleibt die Frage: Warum um Herrgottswillen braucht es einen AL-Vertreter im Regierungsrat?

Das Dumme an der Mär vom linken Regierungsrat: kein Mensch merkt etwas davon. Schlimmer noch: Die kantonale Politik schafft es seit Jahren, in allen relevanten Fragen den Rückwärtsgang einzuschalten.

Seit 2005 explodieren im ganzen Kanton die Preise fürs Wohnen. Die Bevölkerung hat 2012 mit dem Ja zur Wiedereinführung der Formularpflicht bei der Mitteilung der Anfangsmietze und 2014 mit dem Ja zur Schaffung einer Rechtsgrundlage für die Festlegung von Mindestanteilen an preisgünstigen Wohnungen die Richtung vorgegeben.

Was macht die Regierung? Unterm Einfluss der Immo-Lobbyistin Carmen Walker Späh verschleppt sie vier Jahre lang die Umsetzung des Volksentscheids von 2014. Und verlangt ein weiteres Wachstum ohne flankierende Massnahmen zum Schutz der Mieterinnen und Mieter. Jüngstes Trauerspiel: Statt mit dem vom Bund verlangten Mehrwertausgleich den Gemeinden die Mittel in die Hand zu geben, Verdichtung sozialverträglich zu gestalten, hat sie dem Kantonsrat einen zahnlosen Gesetzesentwurf unterbreitet, gegen den nicht nur Raumplaner und Linke, sondern auch die Gemeindepräsidenten Sturm laufen.

Seit Jahren herrscht Konsens, dass die Volksschule sich den gesellschaftlichen Bedürfnissen öffnen und zur Tages-



AL-Regierungsratskandidat Walter Angst für mehr Unruhe in der Kantonsregierung!

schule wandeln muss. Helle Köpfe wie Wirtschaftswissenschaftler Ernst Fehr oder die Politologin Silja Häusermann empfehlen ein grosszügiges Investitionsprogramm zur Förderung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf und der Bildungschancen für alle. Was macht der Kanton unter Bildungsdirektorin Silvia Steiner? Er fordert die Gemeinden auf, Tagesschulen einzurichten, kneift aber bei der Mitfinanzierung. Die Folge: Wer nicht auf schulische Betreuung verzichten will, zieht in die Stadt Zürich. Das kann sich nur leisten, wer die hohen Mieten in der Stadt berappen kann.

2012 hat der Kanton die teure Pflegefinanzierung an die Gemeinden abgeschoben und im Gegenzug die Spitalfinanzierung voll übernommen. Statt die Spitalplanung an die Hand zu nehmen, hat Regierungsrat Heiniger die Spitäler in einen sinnlosen Konkurrenzkampf geschickt. Die Folge: Überkapazitäten und Unterfinanzierung belasten die Versicherten und die Gemeinden als Trägerschaften der Spitäler. Das führt zwangsläufig zu einer suboptimalen medizinischen Versorgung in Bereichen, die für die Spitäler nicht lukrativ sind. Gleichzeitig kürzt der Kanton die Prämienverbilligungen.

Das dicke Ende kommt erst noch. Die geplante grosse Steuerreform wird den Gemeinwesen auf Jahre hinaus die Mittel entziehen, die schon nur für eine zaghafte Reformpolitik nötig wären. Die Firmensteuern sollen um ein Viertel, der kantonale Steuerfuss um 2 Prozent gesenkt werden.

Alles in allem ein Programm, das Partikularinteressen fördert, gesellschaftliche Widersprüche verschärft und den Nährboden schafft für die Einschränkung von Grundrechten – allen voran der Grundrechte von wirtschaftlich schwächeren Haushalten, Menschen anderer Hautfarbe und anderer Herkunft. Der Umgang des Kantons mit Sans-Papiers und geflüchteten Menschen ist der Gradmesser dieser Politik.

Für diese ungemütliche Gemengelage verantwortlich sind ein radikalisierte Kantonsrat, in dem die «Mitte»-Parteien von GLP bis CVP den Kompass verloren haben, und ein von Lobby-Interessen geprägter Regierungsrat. Als Antwort taugt weder Besitzstandswahrung noch Genügsamkeit. Vielmehr Klartext reden und realistische Gegenentwürfe skizzieren. Sich nicht in rot-grün-urbanen Wohlfühloasen einigeln und einmummeln. Es gibt keinen unüberwindbaren Graben zwischen Stadt, Agglo und Land. Mehrheiten für Reformen sind möglich und machbar – beim Wohnen, bei den Steuern, der Prämienverbilligung oder der Privatisierung. Das hat gerade die AL mit ihren beherzten Aktionen immer wieder gezeigt.

Walter Angst

Serie Wahlkampfthemen

In den nächsten Ausgaben des AL-Info diskutieren wir an dieser Stelle vertieft die grossen Themen der Kantons- und Regierungsratswahlen 2019. Es geht darum, wie wir Zürich grösser denken, die Gleichstellung erreichen, Grundrechte bewahren und eine bezahlbare Gesundheitsversorgung für alle sicherstellen können.

Finanzen

Wir sind mitten im Wahlkampf! Damit wir mit Biss unruhig bleiben können, sind wir dankbar für jede Spende:

Alternative Liste Zürich,

PC 87– 63 811– 5

IBAN: CH53 0900 0000 8706 3811 5

Nein bleibt Nein: Referendum STAF 17

Die AL hat die Unternehmenssteuerreform III (USR III) bekämpft und hat auch jetzt beschlossen, das Referendum gegen die Neuauflage aktiv zu unterstützen, die unter dem Label STAF – Steuerreform und AHV-Finanzierung 17 läuft.

Die krachende Niederlage der USR III im Februar 2017 ist an den bürgerlichen Akteuren nicht ganz spurlos vorbeigegangen. Die Neuauflage STAF 17 bringt gegenüber damals ein paar punktuelle Retuschen:

- Firmen erhalten maximal 70 Prozent Steuerrabatt auf ihren Gewinnen (USR III: 80 Prozent);
- Grossaktionäre müssen beim Bund ihre Dividenden zu 70 Prozent versteuern (USR III: 60 Prozent);
- Der Zinsabzug auf dem Eigenkapital («zinsbereinigte Gewinnsteuer») wird nur in Kantonen mit einem Mindeststeuersatz von 13.5 Prozent erlaubt («Lex Zürich», USR III: in Bund und Kantonen vorgesehen);
- Die mit der USR II 2008 eingeführte Möglichkeit der steuerfreien Ausschüttung von Dividenden aus Kapitaleinlagereserven wird teilweise eingeschränkt, allerdings nur für börsennotierte Firmen; CH-Töchter von internationalen Multis – bei denen 90 Prozent aller Kapitaleinlagereserven gebunkert sind – können weiterhin steuerfrei Gewinne an ihre Mutterkonzerne ausschütten.

Alter Wein in neuen Schläuchen

Im Übrigen ist die Vorlage identisch mit der USR III. Die Steuerprivilegien der Grossaktionäre in den Kantonen werden nicht angetastet: sie müssen weiterhin nur mindestens die Hälfte der ausgeschütteten Unternehmensprofite versteuern. Die alten, von der OECD und der EU nicht mehr akzeptierten Steuerprivilegien (Holding, gemischte Gesellschaft) werden durch neue Steuerschlupflöcher ersetzt, die Patentbox und den 150-Prozent-Abzug für Forschungs- und Entwicklungsausgaben. Trotz Holding-Abschaffung können Konzerne dank dem unverändert geltenden Beteiligungsabzug weiterhin Riesengewinne ausländischer Tochtergesell-

Die Schweiz im Visier von OECD und BEPS:



schaften steuerfrei in die Schweiz transferieren und hier bunkern, unabhängig davon, ob diese andernorts versteuert worden sind oder nicht. Das gilt auch für Kapitalgewinne auf dem Verkauf von massgeblichen Beteiligungen. Damit bleibt die Schweiz weiterhin ein Gewinnsteuer-Reservat für Multis.

«Weiter so»-Strategie ist weder gerecht noch nachhaltig

Mit ihrem «Weiter so», der Fortführung alter und der Einführung neuer Steuerschlupflöcher, hält die STAF 17 an der fatalen Rolle der Schweiz als Schrittmacher im internationalen Firmensteuer-Dumping fest. Nach aussen entzieht die Schweiz nicht nur ihren Nachbarn, sondern vor allem Schwellen- und Drittweltländern, vor Ort erarbeitetes und dringend benötigtes Steuersubstrat. Diese Strategie befördert nicht nur weltweit die Ungleichheit, angesichts internationaler Entwicklungen - Bekämpfung schädlicher Steuerpraktiken, Offenlegung von Steuer-Rulings, Gewinnsteuer-Reporting nach Ländern – ist sie auch alles andere als nachhaltig.

Doping-Milliarde befeuert interkantona- les Steuer-Dumping

Wie bei der USR III sollen die Kantone auch jetzt einen grösseren Teil der von ihnen veranlagten Bundessteuern – 21.2 statt wie heute 17 Prozent – einbehalten können. Mit dieser zusätzlichen Doping-Milliarde aus der Bundeskasse stachelt die STAF 17 den interkantonalen catch-as-catch-can um die tiefsten Unternehmens-

steuern weiter an. Dank dem zugesicherten Manna aus Bern wollen alle Kantone ihre Firmensteuersätze massiv senken. Damit setzt die STAF 17 nach innen eine ruinöse Abwärtsspirale in Gang, bei der alle nur verlieren. Budgetkürzungen, vor allem im sozialen Bereich, sind absehbar, darunter leiden zuerst die Frauen, die vermehrt unbezahlte care-Arbeit leisten müssen.

Wiegt das AHV-Päckli alles auf?

Um den unappetitlichen Steuerdeal geniessbar zu machen, hat das Parlament ein AHV-Gutzli dazugepackt (höhere Lohnprozente, leicht höherer Bundesbeitrag, etwas mehr Mehrwertsteuer). Diese an sich willkommene Übergangsfinanzierung reicht für vier bis fünf Jahre, vermag aber die von bürgerlicher Seite ultimativ geforderte Rentenalter-Erhöhung nicht ein für alle Mal zu bannen, wie uns die Befürworter glaubhaft machen wollen. Angesichts ihrer begrenzten Reichweite macht sie den Rest nicht schmackhafter. Zudem wissen alle, die für gerechte Steuern kämpfen, eines mit Sicherheit: einmal gesenkte Firmensteuern können praktisch nie mehr angehoben werden, auch wenn es finanziell eng wird. Den mit der STAF 17 eingeleiteten «race to the bottom» müssen wir mit allen Mitteln stoppen!

Niklaus Scherr

Minderheit sieht die Vorteile für die AHV

Die AL-VV hat das Referendum beschlossen. Persönlich sehe ich in der STAF 17 mehr Vor- als Nachteile. Der Steuerteil ist besser als die USR III. Entscheidend ist für mich, dass die AHV jährlich 2 Milliarden Franken erhält. Die AHV ist eine grosse Umverteilungsmaschine, von der Geringverdienende und Frauen profitieren. Erstmals seit 1975 werden die Lohnbeiträge erhöht, die vor allem von Grossverdienern bezahlt werden. Das gibt für die nächsten Jahre genug Luft zum Atmen, ohne dass das Frauenrentenalter erhöht oder Leistungen gekürzt werden müssen. Auf diesen 2-Mrd-Jackpot sollten wir nicht verzichten.

Markus Bischoff

Limmattal - Kreis 13 von Zürich?

„Stell dir vor, das Limmattal ist der Kreis 13 von Zürich“, „Ein Zürcher Stadtrat aus Schlieren“ oder „Das Derby im neuen Stadion von Dietikon“, solche oder ähnliche Slogans könnte man im kommenden Wahlkampf im Limmattal auf Plakaten oder in Inseraten lesen.

Vor einiger Zeit haben Ernst Joss in Dietikon ein Postulat und Thomas Ragni in Schlieren eine Einzelinitiative für den Zusammenschluss ihrer Städte mit Zürich eingereicht und in Presse und Bevölkerung ein überraschend positives Echo ausgelöst. Das Thema ist mehrmals wohlwollend im Tages-Anzeiger aufgegriffen worden und auch unser Regierungsratskandidat Walter Angst hat in seinem Blog Anregungen in dieser Richtung gemacht. Daraufhin hat sich dieses Jahr in der AL die Arbeitsgruppe „Zürich grösser denken“ gebildet. Da sie sich hauptsächlich aus Mitgliedern aus Zürich und dem Limmattal zusammensetzt, lag es nahe, das Augenmerk auf diese Region zu legen, auch wenn andere Agglo Gemeinden genauso betroffen sind. Das Thema wurde von der Gruppe als Schwerpunkt für den Wahlkampf definiert und auch in den Wahlausschuss eingebracht. Es handelt sich um ein Feld, auf dem sich neben der AL keine andere Partei bewegt, eine gute Gelegenheit, hier Profil zu zeigen.

Ideen wie eine Gemeindefusion brauchen erfahrungsgemäss eine gewisse Zeit, bis sie sich in den Köpfen der Menschen festgesetzt und eine Chance auf Verwirklichung haben. Wir verzichten daher im Moment auf Volksinitiativen in Dietikon und Schlieren. Wir werden aber die Idee der Neuorganisation der Agglomeration Zürich und insbesondere des Limmattals im kommenden Wahlkampf energisch vertreten. Statt Unterschriften zu sammeln, wollen wir uns nun auf alternative Strategien konzentrieren und mit Originalität in dem für die AL und die Linke generell schwierigen Umfeld des Limmattals ein Gegengewicht zur bürgerlichen Übermacht setzen. Wir wollen aufzeigen, dass eine Fusion für die ganze Region klare Vorteile bringen würde.

Stefan Bolz, AL Limmattal

AL-Spitzenkandidatin Beatrice Rinderknecht



Beatrice Rinderknecht aus Küsnacht

Warum kandidierst du für die AL?

Die AL ist eine kritische Stimme von links, das gefällt mir.

Wie bist du politisiert worden?

Schon in meinem Elternhaus ist mein Bewusstsein für Gleichberechtigung und gegen Ausgrenzung geschärft worden. Später habe ich die Soz gemacht und mich an vielen Aktionen für eine gerechtere Welt beteiligt. Anfang der 1970er Jahre beim AKW-Widerstand.

Warst du bei den Grünen?

Nein. Es gab damals in Zürich keine Partei wie die Rot-Grüne Alternative in Zug. Ich leistete Vereinsarbeit, war in Gruppen aktiv. Ich arbeitete lieber in der Bewegung, wollte Dinge verändern und auf die Beine stellen, statt mich der mühsamen und langsamen Parteiarbeit zu widmen.

Was hast du auf die Beine gestellt?

Mit der Gruppe «Luft und Lärm» kämpfte ich im Kreis 4 gegen den geplanten Langstrassentunnel nur für Autos. Dann 1985 als Mitglied der «Luftlobby Zürich» und im Verein «Eltern für gute Luft». 1987 habe ich einen Schulstreik und eine grosse Ozondemo am Limmatquai mitorganisiert, 1988 die „Anwohnergruppe Mühlebachstrasse“ im Kreis 8 gegründet, mit der wir haben eine der ersten Tempo-30-Zonen in der Stadt durchsetzen. 1992 war ich Mitgründerin von umverkehR und dann jahrelang im Vorstand tätig. Ich habe während acht Jahren von der Lancierung bis zur Abstimmung der nationalen Volksinitiative für die Halbierung des motorisierten Strassenverkehrs gekämpft.

Und in deiner Wohngemeinde Küsnacht?

Ich habe den Verein „Wohnliches Küsnacht“ mitgegründet. In Küsnacht fehlte es Anfang der 1990er Jahre an allem: Kulturelle Treffpunkte, Anlässe,

Kinderbetreuung. Die Chrottegrotte gibt es noch heute, ebenso die Kultur-Bar und 2011 wurde das Familienzentrum Küsnacht eröffnet. In Küsnacht, Zollikon und Erlenbach wurden zeitgleich die „Naturstrom-Initiativen“ eingereicht, die verlangten, dass die Nutzer erneuerbaren Strom als Basisstrom bekommen. Die Initiative wurde 2013 angenommen. Ich war während acht Jahren bis 2010 in Küsnacht in der Sozialbehörde tätig, als parteilose aber mit Unterstützung von SP und Grünen.

Wieso nicht als AL-Mitglied?

Im bürgerlichen Küsnacht hätte man damals als Vertreterin einer linksradikalen Partei keine Wahlchancen gehabt. Sogar die Unterstützung durch SP und Grüne wäre wohl nicht zustande gekommen. Ich habe darum auch das Netzwerk RotGrünPlus Küsnacht gegründet. Ich bin sozusagen das Plus. Der Verein besteht noch heute und er hat meine Kandidatur vor vier Jahren und auch diese unterstützt.

Was war deine grösste Enttäuschung in all den Jahren des Aktivismus?

Die Einsicht, dass Fake-News unumkehrbar sind. In Küsnacht war ich während acht Jahren in der Steuerungsgruppe Zentrumsplanung, von Beginn an mit breiter Mitwirkung der Bevölkerung. Als es dann um den 50-Millionen-Kredit ging, haben einige mit dem Slogan „Keine Steuererhöhung für Küsnacht“ - das absolute Codewort, um Mehrheiten zu gewinnen - das Projekt abgeschossen. Das Geld wäre ohne Steuererhöhung vorhanden gewesen, aber wir haben es nicht mehr geschafft, diese Falschmeldung umzukehren. Das hat mich sehr enttäuscht, zehn Jahre Planung einfach so dahin.

Dein aktuelles Thema in Küsnacht?

Wohnen im Alter. In Küsnacht gibt es drei Gemeindealtersheime. Das Pflegeheim am See will der Gemeinderat als Residenz „für die oberste Einkommenschicht“ erstellen. Das hat mich auf den Plan gerufen - ein absolutes no go! Öffentliche Einrichtungen dürfen nicht für die Reichsten der Reichen reserviert werden. Ich hirne an einem Vorstoss, der Küsnacht verbietet, Altersheime zu privatisieren, und der gleichzeitig verlangt, dass Altersheime professionell geleitet werden.

Interview Dayana Mordasini

Kommunaler Richtplan - geht uns alle an!



Lange haben wir auf den städtischen Richtplan gewartet, und hätten wir ihn schon früher gehabt, wären einige Debatten während der Behandlung

von BZ0-Revision und Regionalem Richtplan sicher anders verlaufen.

In diesem September wurde der Entwurf des kommunalen Richtplans Siedlung, Landschaft, öffentliche Bauten und Anlagen (kurz: SLöBa) endlich den Medien präsentiert. Ende November läuft das Einwendungsverfahren ab, an dem sich auch die AL aktiv beteiligt. Im Verlauf des nächsten Jahres wird er dann im Gemeinderat diskutiert und verabschiedet.

Diverse Kernanliegen der AL haben in die Richtplanvorlage Eingang gefunden, so die Festlegung einer Anzahl von Schulstandorten, die der prognostizierten Bevölkerungszunahme entspricht (eine AL-Motion hatte diese bereits 2007 gefordert), dann auch die Sicherung von Sportanlagen oder eine städtische Freiraumgestaltung weg von der Privatisierung des

öffentlichen Raums. Und wir versprechen uns vom Richtplan eine Grundlage, die wohnpolitische Forderungen behördenverbindlich aufnimmt und regelt.

Der kommunale Richtplan orientiert sich am Jahr 2040 und ist auf eine Zunahme der Wohnbevölkerung von rund 100'000 Personen ausgerichtet, die durch eine „Verdichtung nach innen“ kontrolliert vonstatten gehen soll. Für die von der Stadt bezeichneten Transformationsgebiete kann dies einen Bevölkerungszuwachs von 20-40% bedeuten - das ist massiv und bringt für alle und vor allem für die heute dort Ansässigen einschneidende Veränderungen mit sich.

Im Richtplantext werden die Problemfelder dieser Entwicklung (Veränderung des sozialen Gefüges, Verschwinden günstiger Bestandswohnungen, soziale Verdrängungs- und Entmischungsprozesse) zwar benannt, man kann sich aber des Eindrucks nicht erwehren, dass die Stadtverantwortlichen diese bewusst oder unbewusst zu vernachlässigbaren Nebenwirkungen einer für sie ansonsten fantastischen Stadttherapie degradieren. Hier müssen wir mit allen Mitteln Gegensteuer geben.

Andrea Leitner, AL Gemeinderätin

Das kantonale Budget ist sozial unverträglich



Während der Kantonsrat ältere Pendenzen abarbeitete und sich zum vierten Mal mit der Auslagerung eines Spitals beschäftigte, präsentierte die Regierung ihre finanzpolitischen

Zukunftsvorstellungen. Kurz hintereinander unterbreitete sie dem Kantonsrat zwei Vorlagen, die erst zusammen ihre volle Brisanz entfalten: einerseits die kantonale Umsetzung der Steuervorlage STAF 17, andererseits das Budget samt Finanzplanung bis 2022.

Bei der Umsetzung der STAF 17 will die Regierung den vom Bund gewährten Spielraum für neue Steuerprivilegien voll ausreizen: Mit der Senkung der Gewinnsteuer um einen Viertel werden Kapitalgesellschaften massiv entlastet. Eine echte Gegenfinanzierung fehlt. Die Privilegierung von Grossaktionären wird beibehalten, statt 50 müssen sie zwar neu 60 Prozent ihrer Dividenden versteuern, der Rest bleibt aber weiterhin steuerfrei.

Jetzt kommt die Finanzplanung 2019-2022 und der «mittelfristige Haushaltsausgleich» ins Spiel. Er entscheidet, ob gespart werden muss. Ist der Staatshaushalt über die vier abgeschlossenen und die vier projektierten Jahre nicht ausgeglichen, muss der Rotstift angesetzt werden. Genau das ist der Fall: dank STAF 17 stürzen 2022 die prognostizierten Einnahmen – trotz guter Konjunkturprognose – um 400 Mio. Franken ab. Mit dem Effekt, dass etwa ab 2021 ein rigoroses Sparpaket im Umfang von ca. zwei Milliarden Franken geschnürt werden muss!

Die Zeche für die Umsetzung der STAF 17 zahlt die Bevölkerung, die auf gute Bildung, Prämienverbilligungen und öffentlichen Verkehr angewiesen ist. Für sie sieht die Regierung keine Kompensation vor. Als «Ausgleichsmassnahme» will er den Steuerfuss um zwei Prozentpunkte senken. Perverser geht's nimmer: davon würden bloss die Gutverdienenden profitieren, dafür der Spardruck bei staatlichen Leistungen zusätzlich steigen.

Kaspar Bütikofer, AL Kantonsrat

Unruhe bewahren

22. September Die Gruppe AL-Frauen* nimmt an der Grossdemo für die Gleichstellung in Bern teil. Zusammen mit unseren Kolleginnen* von der Alternativen Linken Bern setzen wir ein starkes Zeichen für Solidarität, Lohngleichheit und Gleichstellung.

24. September Mit einer dringlichen Interpellation (GR 2018/368) verlangt die AL-Fraktion vom Stadtrat Rechenschaft über den geplanten Verkauf von fünf Mietshäusern an den Meistbietenden durch die Förderstiftung MKS, in der die Stadt zwei Vertreter stellt.

25. September Die AL-VV beschliesst nach ausgiebiger Diskussion mehrheitlich, das Referendum gegen die Steuervorlage STAF 17 zu unterstützen (s. Artikel Seite 5). Die AL erwägt auch ein Referendum gegen die Zürcher Umsetzungsvorlage, falls sie in der vorliegenden Form verabschiedet wird.

18. Oktober Einem Aufruf der AL folgend, protestieren 150 Personen vor dem italienischen Konsulat gegen die Amtsenthebung und Verbannung von Mimmo Lucano, des Bürgermeisters der offenen Tür von Riace.

24. Oktober Mieterinnen und Mieter der Stiftung GGN, der Stephan-à-Porta-Stiftung und der Förderstiftung MKS protestieren an einer Kundgebung gegen Massenkündigungen, Abbrüche und Hausverkäufe. Die von AL-Gemeinderat Mischa Schiow aktiv unterstützte IG Hofacker übergibt dem Stadtrat 3600 Protestunterschriften gegen den geplanten Abbruch von 46 Wohnungen der Stiftung GGN.

31. Oktober Die von der AL unterstützte Petition zur Einführung der Züri City Card wird mit über 7000 Unterschriften übergeben.

3. November Die Gemeinderätinnen Christina Schiller und Andrea Leitner und Alt-Gemeinderat Niggi Scherr erläuterten den städtischen Siedlungsplan und diskutierten mit interessierten AL-Mitgliedern, wie sich die Partei positionieren soll.

Die AL in Bewegung



Oben: **18. Oktober** Manuela Schiller spricht an der Kundgebung vor dem italienischen Konsulat gegen die Inhaftierung von Mimmo Lucano, Bürgermeister von Riace.

Unten: **24. Oktober** Breiter Mieter*innen-Protest gegen die drohenden Massenkündigungen bei gemeinnützigen Stiftungen – Walter Angst spricht auf der Gemüsebrücke vor dem Zürcher Rathaus.

